

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 26) 21 90 38/39  
Telex: 9 86 846 pbbn d



## Inhalt

Annemarie Renger MdB unterstreicht die Bedeutung einer deutsch-israelischen Forschungsförderung: Die Chance nutzen.

Seite 1

Gerhard Schröder MdB zum Umgang Albrechts mit den Sorgen der Bürger: Dioxin, Münchenhagen und kein Ende.

Seite 2

Dr. Rose Götte MdL wirft dem rheinland-pfälzischen Kultusminister vor, das Bildungsniveau drücken zu wollen: CDU-Werben für die Hauptschule.

Seite 4

Inge Wettig-Danielmeier MdL erinnert an Marie Juchacz, die vor 30 Jahren verstorben ist: In der Tradition eine Kämpferin.

Seite 6

41. Jahrgang / 19

28. Januar 1986

### Die Chance nutzen

Das deutsch-israelische Verhältnis würde durch eine gemeinsame Forschungsförderung weiter gefestigt

Von Annemarie Renger MdB  
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Nach manchen Ungeschicklichkeiten und überflüssigen Irritationen im deutsch-israelischen Verhältnis bietet der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Peres in Bonn eine neue wichtige Möglichkeit zur Weiterentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen.

Eine handfeste Chance, das deutsch-israelische Verhältnis weiter zu festigen, bietet dabei die deutsch-israelische Forschungsförderung, die am Rande der UN-Vollversammlung im Oktober 1985 in New York von Bundeskanzler Kohl und dem israelischen Ministerpräsidenten Peres vereinbart wurde: Mit jeweils 50 Millionen Dollar soll die neu zu gründende Stiftung von der Bundesregierung und Israel ausgestattet werden, um zivile Forschungsvorhaben zu fördern. Sinn der Stiftung soll unter anderem sein, zivile Grundlagenforschung vor allem auf industriellen, technisch-wirtschaftlichen oder agrarwissenschaftlichen Gebieten zu fördern, an denen beide Länder interessiert sind.

Eine binationale Forschungsförderung würde für Israel und die Bundesrepublik Deutschland nicht nur auf einem wichtigen zukunftsorientierten Gebiet neue persönliche und institutionelle Verbindungen schaffen. Dabei bietet insbesondere die vorbildliche israelische Entwicklungshilfepolitik, die auf der Grundlage eigener Erfahrungen besonders praktische Hilfe liefern kann, die Möglichkeit, daß auch Entwicklungsländer von einer deutsch-israelischen Forschungsförderung profitieren.

Nachdem die Bundesregierung bis zum Besuch des israelischen Ministerpräsidenten noch kein Konzept für die Ausgestaltung der Stiftung auf den Tisch gelegt hat, sollten jetzt den überfälligen klärenden Schritten zur Konkretisierung der gemeinsamen Forschungsförderung schnell praktische Schritte folgen, damit die Stiftung möglichst bald ihre Arbeit aufnehmen kann. (-/28.1.1986/rs/ks)

Verlag und Redaktion:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12.04.08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

+ + +

Kemmler-Verlag  
aus weissen Röhrlin  
Reinhold-Papier



Dioxin, Mönchehagen und kein Ende

Zum Umgang der niedersächsischen Behörden mit Sorgen der Bürger

Von Gerhard Schröder MdB  
Spitzenkandidat der SPD Niedersachsen

Die jüngsten Dioxinfunde in der Umgebung der Sondernülldéponie Mönchehagen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Hoffnung der niedersächsischen Landesregierung, das Problem werde nach den Aufregungen im vergangenen Jahr in Vergessenheit geraten, sich nicht erfüllt. Die Sünden der Vergangenheit treten klar zutage, allen Abwiegungsbemühungen zum Trotz.

Am Beispiel der Deponie ist aufzuzeigen, wie die Regierung Albrecht mit Umweltproblemen umgeht. Stadium eins: besorgte Bürger, die sich in Initiativen mühsam Sachverstand angeeignet haben, machen ihre Befürchtungen öffentlich. Reaktion von Albrecht, Glup und Company: dies Problem besteht nicht. Stadium zwei: Die besorgten Bürger besorgen sich Fachverstand von außen, um ihre These zu belegen. Albrecht, Glup und Co.: das Problem besteht, aber es ist keines. Stadium drei: Durch Austreten von Schadstoffen wird deutlich, daß die Bürger und Experten recht gehabt haben. Reaktion: die Schadstoffe kommen nicht daher und selbst, wenn sie daher kommen, ist das völlig unerheblich, weil wir alles im Griff haben.

Dieses Schema läßt sich bei Mönchehagen zweifach konkret ausfüllen. Fall 1: Die Wasserdurchlässigkeit der Tonschichten. Wurde zunächst erklärt, der Boden sei absolut undurchlässig, so muß die Landesregierung nach mehreren Gutachten, die nicht von ihr in Auftrag gegeben worden sind, jetzt zugeben, daß Grundwasser mit einer Geschwindigkeit von 60m/pro Jahr durch den Deponiekörper fließt. Und wurde früher das Vorhandensein von Dioxin in der Deponie generell bestritten, so muß man jetzt eingestehen, daß dieses Supergift dort gelagert ist. Dazu läßt sich auch nicht mehr bestreiten, daß beim Einlagern sträflich die Sorgfalt vernachlässigt worden ist.



Nun hätte ich eigentlich erwartet, daß die verantwortlichen Politiker aus der Erfahrung gelernt und offensiv die Sanierung der Deponie unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der Betroffenen betrieben hätten. Aber offensichtlich habe ich da dem seit zehn Jahren regierenden Ernst Albrecht zu viel zugetraut. Der Presse ist jedenfalls zu entnehmen, welches Verständnis von Politik bei ihm besteht. Da der Bericht nicht dementiert wurde, muß ich davon ausgehen, daß er seine Verantwortung mit den Worten zurückgewiesen hat: „Ich habe die Deponie nicht angelegt.“ Dies sei bereits in den 60er Jahren der Fall gewesen.

Abgesehen davon, daß ich von einem Regierungschef verlangen muß, daß er die Tatsachen nicht falsch darstellt (Albrecht müßte wissen, daß die Deponie 1976 ihren Betrieb aufnahm, im Jahr seiner Regierungsübernahme), sind ja die Vorwürfe gegen die mangelnde Aufsicht, die nicht vorhandene Bereitschaft zur Problemlösung und die Zurückhaltung von Informationen gegenüber den beteiligten Gemeinden und dem Nachbarland gerichtet. Politik kann nicht nur darin bestehen, Fehler bei anderen zu suchen. Es bedeutet auch, zur eigenen Verantwortung zu stehen und deshalb Lösungen zu entwickeln und umzusetzen.

Sobald in der landespolitischen Auseinandersetzung um Umweltprobleme von der SPD der Landesregierung Vorhaltungen gemacht werden, ziehen Albrecht, Glup, Hasselmann und wie sie alle heißen den Knüppel „Hamburg“ aus dem Sack. Ich finde, dieser Knüppel tanzt auf dem Rücken der Sackträger. Denn auch Sozialdemokraten leugnen nicht, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik in der Vergangenheit zu Lasten der Umwelt gegangen ist. Nur: in Hamburg ist man bereit, zu untersuchen, sich Daten zu verschaffen, die Probleme offenzulegen. In Niedersachsen wird nach dem Motto verfahren, nicht zur Kenntnis nehmen, vertuschen, vergessen machen. Das ist eine unredliche Politik. Wir müssen die Bürger davon überzeugen, daß dies geändert werden muß.

(-/28.1.1986/rs/ks)

+ + +

CDU-Werben für die Hauptschule

Der rheinland-pfälzische Kultusminister Gölters will das Bildungsniveau drücken

Von Dr. Rose Götte MdL

Vorsitzende des Bildungspolitischen Arbeitskreises der SPD-Landtagsfraktion

Bei den letzten Haushaltsberatungen ließ sich der Kultusminister - gegen die Stimmen der SPD - seinen Etat für Öffentlichkeitsarbeit um 40 Prozent erhöhen. Gebraucht wurde das Geld offensichtlich unter anderem für eine farbige Hochglanzbroschüre, die in diesen Tagen an alle Eltern von Schülern der vierten Klasse verteilt wird: Hier wird, wie sonst nur für Waschmittel und dergleichen, für die Hauptschule geworben. Eltern sollen sich plötzlich überzeugen lassen, daß die Hauptschule „ein sicherer Weg in die Zukunft“ sei. Und da der Kultusminister zu Recht davon ausgeht, daß man ihm, der seine eigenen Kinder keineswegs auf die Hauptschule, sondern aufs Gymnasium schickt, dies vielleicht nicht so recht glaubt, läßt er in der Broschüre ehemalige Hauptschüler zu Wort kommen, die bezeugen, was man mit Hauptschulabschluß alles werden kann: Arzt, Jurist, Diplom-Designer, Betriebsleiter, Lehrerin und so weiter.

Eine „knappe, zufällige Auswahl“ der Bildungswege, die die Hauptschule eröffnet, sei dies, sagt der Kultusminister. „Rein zufällig“ haben nämlich von den 17 ehemaligen Hauptschülern 13 die Mittlere Reife, neun sogar außerdem die Hochschulreife erreicht und erfolgreich studiert. Aber auch die vier anderen, die sich mit dem Hauptschulabschluß zufrieden gegeben haben, sind etwas geworden: Der eine leitet einen Betrieb mit 16 Beschäftigten, der andere ist Tischlermeister, die dritte Chefsekretärin und die vierte erfolgreiche Masseurin.

Fürwahr, man fragt sich, wieso eigentlich noch das Gymnasium nötig ist, wenn doch die Hauptschule einen so sicheren Weg in eine sichere Zukunft weist. Es ist freilich wahr, daß heute laut Umfrage nur noch zehn bis 15 Prozent aller Eltern von sich aus bereit sind, ihr Kind in die Hauptschule zu schicken. Alle anderen wünschen ihrem Kind einen Realschulabschluß oder das Abitur. Massive Versuche, diesem Trend entgegenzuwirken, sind bisher wenig erfolgreich gewesen: Zwar hat die Streichung des Schüler-BAFöG einige Eltern der unteren Einkommensgrenzen davon abgehalten, ihr Kind auf die Oberstufe des Gymnasiums zu schicken, aber insgesamt hält der Trend zum besseren Schulabschluß an.

Zwar hat ein eindringliches Schreiben des Kultusministers an die Damen und Herren Grundschulleiter dazu geführt, daß gründlicher überlegt wird, ob ein Kind tatsächlich die Empfehlung Realschule/Gymnasium erhält, aber keine Trendwende gebracht.



Dabei trägt doch einzig und allein die Landesregierung selbst die Schuld daran, daß die Hauptschule so in Ungnade bei den Eltern gefallen ist:

- Durch die viel zu frühe Trennung der Begabten und der weniger Begabten nach der Grundschule ist die Hauptschule gegenüber allen anderen Schulformen extrem benachteiligt.
- Durch die Verweigerung eines 10. Schuljahr-Angebotes an allen mindestens zweizügigen Hauptschulen entscheiden sich viele Eltern lieber dafür, ihr Kind an der nahe gelegenen Hauptschule vorbei in eine weiter entfernte Realschule zu schicken.
- Durch die viel zu frühe Festlegung auf künftige Schullaufbahnen sitzen viele Kinder in der falschen Schule. Ohne echte Orientierungsstufe wird nämlich, wie die Statistik belegt, ein „Aufsteigen“ in Realschule oder Gymnasium nach Klasse sechs so gut wie unmöglich gemacht. Deshalb fühlen sich viele Eltern geradezu gezwungen, es mit Realschule oder Gymnasium zu versuchen, um ihrem Kind nicht die Möglichkeit des Realschulabschlusses oder des Abiturs zu verbauen.
- Wer ein freiwilliges 10. Schuljahr an der Hauptschule besuchen möchte, hat es ungleich schwerer als die Zehntklässler anderer Schularten, weil dies in der Regel mit einem Schulwechsel verbunden ist und weil die Leistungsanforderungen im 10. Hauptschuljahr sehr hoch sind.

Lediglich in der Integrierten Gesamtschule ist es bisher gelungen, die Vorteile der Hauptschule ohne den Nachteil der Abkoppelung zum Tragen zu bringen. Der Andrang zu dieser Schulform hält unvermindert an. Das hält aber die Landesregierung nicht davon ab, aus ideologischen Gründen gegen die Einrichtung weiterer Gesamtschulen oder die Umwandlung bestehender Schulen in Gesamtschulen zu agieren.

Wenn es eines Dokumentes für eine völlig verfehlte Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz bedurft hätte: Diese Werbekampagne für die Hauptschule ist es!

Übrigens: Wie lange ist das eigentlich her, als das Land Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Bund gewonnen hatte: Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen! (-/28.1.1986/rs/ks)

+ + +

Zum 30. Todestag von Marie Juchacz

Die sozialdemokratischen Frauen unserer Tage sehen sich in der Tradition dieser Kämpferin

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL  
Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Der Todestag von Marie Juchacz jährt sich heute zum 30. Mal. Anlaß und Verpflichtung sich dieser ungewöhnlichen Frau zu erinnern und ihr zu danken.

Marie Juchacz war nicht nur die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, sie war auch die zweite Frau, die in den SPD-Parteivorstand gewählt wurde als Nachfolgerin von Luise Zietz, sie war aber vor allem eine engagierte Kämpferin für die Gleichheit der Frauen und ihre sozialen Rechte. Eva Pfister sieht sie in der Erinnerung: „Oft muß ich an Käthe Kollwitz denken, an deren schwere Größe mich Marie immer wieder erinnert... Käthe Kollwitz gab ihrer Empörung gegen Hunger und Ausbeutung und ihrem brennenden Mitgefühl mit den Opfern in ihren aufrührenden Bildern Ausdruck. Marie wählte den Weg des politischen Aktivismus; die Liebe und Hingabe an ihre eigenen Kinder trat in den Hintergrund gegenüber der Sorge um das Schicksal aller Kinder. Diese grundsätzliche Entscheidung führt sie zu einem Leben für die Emanzipierung der Frau, für die Anerkennung ihrer Rolle in der Gesellschaft, für die Erkämpfung der Rechte von Frauen und Kindern, für die Gleichberechtigung aller Menschen - kurz: für den Sozialismus.“

Wer ihren Weg verfolgt als Arbeiterin, politische Agitatorin, erste Frauensekretärin im Parteibeziirk Obere Rheinprovinz in Köln, als zentrale Frauensekretärin der SPD in Berlin, als Reichstagsabgeordnete, in der Emigration noch politisch aktiv als Präsidentin der „Arbeiterwohlfahrt USA, Hilfe für die Opfer des Nationalsozialismus“ und später Ehrenpräsidentin der Arbeiterwohlfahrt in der Bundesrepublik, der ist von ihrem Einsatz und Engagement beeindruckt. Vielen jüngeren Frauen gilt sie als Beispiel einer braven Parteisoldatin. Parteisoldatin war sie sicher, aber mit durchaus kritischem Einsatz. Die Entscheidung der SPD für die Bewilligung der Kriegskredite empfand Marie Juchacz „wie eine Zentnerlast, die mich bedrückte, wo immer ich war“.

Eigenen Ehrgeiz entwickelte sie, noch ganz in Übereinstimmung mit dem erwarteten Frauenbild, selten. „Ich wurde immer irgendwie aufgespürt, für eine Funktion ausgesucht und vorgeschlagen oder gerufen. Niemals habe ich mich zu einem Amt gedrängt, stets wurde mir die neue Verantwortung angeboten.“ Ihr Einsatz in der Sache war jedoch umso beachtlicher: die erste Frau, die einem Deutschen Parlament das Wort ergriff, setzte sich für die Änderung der Rechtsstellung des unehelichen Kindes, für eine Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB), die sogenannte Fristenlösung (straffreier Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten), ebenso ein, wie für ein neues Jugendwohlfahrtsgesetz und die Reform des veralteten Armenpflagerrechts. Viele Probleme, die sie in den zwanziger Jahren bekämpfte, wurden erst nach 1969 in der sozialliberalen Koalition gelöst. Der Paragraph 218 ist bis heute umstritten.

Marie Juchacz hat ihre Ziele zäh verfolgt, sie hat nicht aufgegeben, wenn die Fortschritte mäßig waren, sie hat keine Arbeit gescheut und konnte doch schließlich auf ein großes Lebenswerk zurückblicken. Wir stehen in ihrer Tradition und danken ihr.

(-/28.1.1986/rs/ks)

+ + +

